

NACHGEHAKT: Bürgermeister Erich Maier zum Thema Windkraft

„Kann nicht erkennen, wofür es zu spät sein soll“

LAMPERTHEIM. Er hätte sich nicht träumen lassen, dass der Plan, auf der ehemaligen Mülldeponie bei Hüttenfeld eine Windkraftanlage zu errichten, auf einen derartigen Widerstand stoßen würde. Zumal das Projekt bis heute noch nicht einmal genehmigt sei, erklärt Bürgermeister Erich Maier auf Anfrage.

Nicht nachvollziehen kann Lampertheims Verwaltungschef den Vorwurf von Vertretern des Hüttenfelder Vereins "Pro Hüttenfeld" und der Bürgerinitiative "Gegenwind", über das Vorhaben sei nicht rechtzeitig und ausreichend informiert worden. Sämtliche damit zusammenhängende Beschlüsse seien in öffentlichen Sitzungen gefasst worden.

Besonders verwahrt sich Maier gegen "unqualifizierte Angriffe in Richtung des Bürgermeisters", wie sie von Sprechern des Vereins "Pro Hüttenfeld" bei der jüngsten Ortsbeiratssitzung vorgetragen worden seien. Dort war Maier bezichtigt worden, in Sachen Windenergie nicht immer die Wahrheit gesagt zu haben. Einen Vorwurf, den er in aller Schärfe zurückweist.

Zudem sei in erster Linie nicht die Stadt, sondern der Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) als Investor in der Bringschuld, wenn es darum gehe, die Öffentlichkeit mit nötigen Informationen zu versorgen. Maier beruft sich auch auf die Ankündigung des ZAKB, bisherige Gutachten ins Internet zu stellen. Zudem werde im Zuge des weiteren Genehmigungsverfahrens im üblichen Maß auch die Öffentlichkeit beteiligt. "Ich kann nicht erkennen", so Maier im Gespräch mit dieser Zeitung, "wofür es zu spät sein soll".

Maier verhehlt aber nicht, dass er im Zusammenwirken von Stadt, ZAKB und Öffentlichkeit auch die Bürger selbst in der Pflicht sieht, sich beizeiten und angemessen zu informieren. Er habe den Eindruck, dass dies nicht in jedem Fall so geschehen sei. Eine Bürgerversammlung sei zwar noch nicht einberufen worden, Maier hält sie jedoch nicht für abwegig. Er erinnert aber auch daran, dass es der von den Bürgern legitimierte politische Wille sei, der die bisherigen Beschlüsse zum Energieprojekt gefasst habe. *urs*

© Südhessen Morgen, Mittwoch, 13.03.2013